

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 262/2002

Sitzung vom 4. Dezember 2002

1886. Anfrage (Regierungsrätliches Engagement an kommerziellen Seminaren)

Kantonsrat Emil Manser, Winterthur, hat am 9. September 2002 folgende Anfrage eingereicht:

Die Zürcher Hochschule Winterthur hat im Rahmen des IVM-Forums (Institut für Verwaltungs-Management) ein kostenpflichtiges Seminar «Strategische Führung im politischen Umfeld» ausgeschrieben. Im Programm der Veranstaltung figuriert nebst dem Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion (Herr Georg Elser) auch der Volkswirtschaftsdirektor selber. Schliesslich könnte aus dem beschreibenden Text zum Seminar die Meinung entstehen, staatliche Einmischung in privatwirtschaftliche Prozesse wirke sich grundlegend oder zumindest im Fall der Swissair positiv aus. Anscheinend sei nun das Seminar gar mangels Interesse abgesagt worden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Warum tritt ein «vom Staat finanzierter» Volksvertreter und Regierungsrat gegen Entgelt auf?
2. Wie oft treten Regierungsräte an Seminaren und Veranstaltungen auf, die kostenpflichtig sind?
3. Wie und in welchem Umfang wird dies dem Kanton und somit dem Volk zurückvergütet?
4. Haben Regierungsräte für solche (kommerziellen) Tätigkeiten freie Kapazität?
5. Wie oft werden «regierungsrätliche» Informationsveranstaltungen mangels Interesse der Bevölkerung abgesagt?
6. Ist der Regierungsrat der Meinung, mehr staatliche Intervention in privatwirtschaftliche Organisationen wirke sich positiv aus (Ja/Nein)?
7. Wenn Ja, braucht unser Staat wirklich «mehr Staat»?
8. Wenn Nein, ist der Regierungsrat bereit, ernsthaft aufzuzeigen, wo es allenfalls auch mit weniger «Staat» funktionieren würde?
9. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass im Abschnitt mit «Fall Swissair» und «erfolgreichem Handeln» suggeriert werden könnte, staatliche Intervention sei ein erforderliches und erfolgreiches Instrument?
10. Wenn Ja, auf welcher volkswirtschaftlichen oder ökonomischen Lehre baut seine Grundhaltung auf?

Nach Einsichtnahme in einen Bericht des Staatsschreibers und auf Antrag seines Präsidenten

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Emil Manser, Winterthur, wird wie folgt beantwortet:

Es gehört zu den Aufgaben eines Mitgliedes des Regierungsrates, nicht nur über einzelne politische Themen und Sachgeschäfte aus seinem Zuständigkeitsbereich zu informieren. Wichtig ist es auch, interessierten Kreisen im öffentlichen wie im privaten Sektor Einblick in die Arbeit und die Funktionsweise der Regierung und der Verwaltung des Kantons zu geben. Ob solche Veranstaltungen für die Teilnehmenden unentgeltlich sind oder nicht, hängt von der Trägerschaft ab. An rein profitorientierten, kommerziellen Veranstaltungen wird nicht teilgenommen, weshalb sich die Beantwortung der Frage, ob dafür Zeit zur Verfügung stünde, erübrigt.

Unter diesen allgemeinen Gesichtspunkten wäre auch der Auftritt des Volkswirtschaftsdirektors und seines Generalsekretärs am Seminar «Strategische Führung im politischen Umfeld», welches das Institut für Verwaltungs-Management IVM der Zürcher Hochschule Winterthur durchzuführen beabsichtigte, erfolgt. Beide hätten für ihre Auftritte kein Entgelt erhalten. Das IVM ist auf die Erhebung von Seminargebühren angewiesen, will es das Seminar nicht mit öffentlichen Geldern finanzieren. Das Seminar wurde jedoch nicht durchgeführt.

Im Übrigen ist gegen Referate in nicht erwerbswirtschaftlichen ideellen oder gemeinnützigen Institutionen, deren Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit liegt, nichts einzuwenden. Auftritte von Regierungsmitgliedern an kostenpflichtigen Veranstaltungen sind selten. In den wenigen Ausnahmefällen, in denen überhaupt Honorare oder Spesen- und Umtriebsentschädigungen ausgerichtet werden, gehen sie an die Mitarbeitenden, die bei der Vorbereitung der Auftritte mitgewirkt haben, werden für Weiterbildung verwendet oder an karitative Organisationen ausgerichtet. Weitere Absagen solcher Veranstaltungen, an denen die Teilnahme von Regierungsmitgliedern angekündigt war, sind nicht bekannt.

Die Seminaurausschreibung, die vom IVM stammte, enthielt folgende Passage: «Aktuelle Beispiele, wie der Fall Swissair, aber auch der Ausbau des Zürcher Verkehrsverbundes über die Kantonsgrenzen hinaus, machen deutlich, dass sich der öffentliche Sektor immer häufiger unmittelbar mit Managementkonzepten aus der Privatwirtschaft auseinandersetzen muss. Erfolgreiches Handeln ist aber nur möglich, wenn die spezifischen Denk- und Entscheidungsmechanismen im politischen Umfeld Berücksichtigung finden. Diesem Spannungsfeld widmet sich

unser IVM-Sommerforum 2002 anhand konkreter Fallbeispiele.» Dieser Text suggeriert nicht, staatliche Intervention sei ein erforderliches und erfolgreiches Instrument, sind doch die beiden vom Fragesteller verknüpften Textpassagen in zwei von einander unabhängigen Sätzen untergebracht. Es darf zudem davon ausgegangen werden, dass sowohl von Seiten der Hochschule als auch aus dem Kreis der Teilnehmenden eine kritische Auseinandersetzung mit den Fallbeispielen hätte erwartet werden dürfen.

Die Regierungsmitglieder erfüllen in ihren Referaten einen in der Demokratie notwendigen Kommunikationsauftrag, indem sie sich zur staatlichen Politik äussern und ihre persönliche Sicht darlegen (vgl. Beantwortung der Anfrage KR-Nr.161/2002). Dabei gibt es weder eine einheitliche umfassende «Staatstheorie» noch eine verpflichtende «ökonomische Grundhaltung».

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi